Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montag oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 15, bez. 20 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

(D. R.-P.) **Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten
elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris.**

H. Niedenführ's
Radfahr-Halle
9 Struvestrasse 9.
Alleiniger Vertreter von **Seidel & Naumann's Fahrrädern.**

Ratanhia, Zahn-Mundwasser,
das beste Antisepticum zur Erhaltung der Zähne.
1 Flasche 1 Mark. — Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1–3 (Hofgebäude).

Nr. 92. **Spiegel:** Handwerkervorlage. Hofnachrichten. Sächsische Eisenbahnen. Dresdner Börse. Geflügelzüchterverein. Gerichtsverhandlungen. Nicode-Concert. Sächsischer Kunstverein. | Muthmaßliche Witterung: Neigung zur Feuchtigkeit. | **Freitag, 2. April.**

Politisches.

Zu der 200. Sitzung des Reichstags ist dieser Tage dessen Präsident durch Darbringung eines prächtigen Blumenstraußes beglückwünscht worden. Herr von Buol war so bescheiden, diese duftige Ehrung als den Verdiensten des Reichstags gewidmet zu bezeichnen. Zum besonderen Ruhme gereichen aber diese 200 Sitzungen dem Reichstage nicht; denn der große Aufwand von Zeit, die die Volksboten für die Befriedigung ihrer Redebedürfnisse in Anspruch genommen haben, steht im umgekehrten Verhältnisse zu den positiven Leistungen. In den 200 Sitzungen war überdies der Reichstag vielleicht nur ein Dutzend Mal beschlußfähig, und wirklich gearbeitet haben von den 400 Abgeordneten höchstens der zehnte Theil. Wenn der Reichstag das noch vorliegende Pensum gewissenhaft aufarbeiten wollte, so könnte er es schließlich noch zu 300 Sitzungen bringen. Die Redseligkeit der wenigen Herren, die sich an den Arbeiten betheiligen, bleibt so unerschöpflich, daß es auch jetzt in dem vorgeschrittenen Stadium noch nicht für nothwendig erachtet wird, für die Berathungen ein beschleunigtes Tempo zu nehmen. Dabei hört man von den Vertretern des Volks im Wesentlichen nichts Anderes, als was vorher ebenso ausführlich und zumeist in weit bekömmlicherer Zubereitung in der Presse gelesen werden konnte. Aber unsere Durchschnittsparlamentarier, insoweit sie an den Verhandlungen theilnehmen, pflegen anderer Meinung zu sein; sie halten es für ihre Pflicht, bei jedem Berathungsgegenstande ihr allezeit übervolles Herz auszuschütten, ohne Rücksicht darauf, daß sich nicht einmal die Mehrzahl ihrer eigenen Wähler für diese Herzensergüsse interessiren. Wer bringt es heutzutage noch fertig, sich dazu zu verurtheilen, täglich die Parlamentsberichte von Anfang bis zu Ende zu lesen, da ihnen ja von vornherein der Stempel tödtlicher Langeweile aufgeprägt ist und für sie nach wie vor das Goethe'sche Wort giltig bleibt: Getretener Quarck wird breit, aber nicht stark!

Gleichwohl giebt es noch immer Reichsboten, denen die Reichstags-Berathungen nicht langsam und nicht langweilig genug verlaufen können. So beklagte sich vorgestern der Sozialdemokrat Grillenberger bei der ersten Lesung der Handwerkervorlage darüber, daß diese mit so „mörderlicher Eile" berathen werde. Er selbst gab ein vorbildliches Beispiel, wie ein gewissenhafter Volksvertreter das vorliegende Thema behandeln muß. Er redete über den Handwerkerentwurf einen schier endlosen Monolog vor unheimlich leerem Hause. Etwa 28 Kollegen waren anwesend, die durch Plaudereien und Erledigung von Privatangelegenheiten bestrebt waren, in dem Kampfe mit Morpheus nicht vollständig zu unterliegen. Nachdem der sozialdemokratische Führer seine Weisheiten ausgekramt hatte, erklärte er schließlich: Meiner Partei ist es ganz gleichgiltig, was aus dieser Vorlage wird. Um zu dieser Erklärung zu gelangen, hatte Herr Grillenberger zwei Stunden gebraucht. Beinahe ebenso umständlich verfuhren die übrigen Redner, um den Standpunkt ihrer Parteien darzulegen. Kurze Erklärungen hätten um so mehr genügt, als es der überwiegenden Mehrheit jetzt darum zu thun ist, den Handwerkern, die jahrelang vertröstet worden sind, endlich etwas Positives zu bieten und nicht wieder die Tagung vorübergehen zu lassen, ohne daß wenigstens ein erster Schritt zur Reorganisation des Handwerks gethan worden ist. Die handwerkerfreundlichen Parteien, die Deutschkonservativen und das Centrum, haben sich dahin geeinigt, die Vorlage des Bundesraths zwar nicht als die Erfüllung ihrer Wünsche, aber als die erste Abschlagszahlung anzusehen, durch deren Annahme die verbündeten Regierungen zu weiterem Entgegenkommen verpflichtet werden sollen. Die Wortführer der beiden Parteien, die Abgg. Hitze und Jacobskötter, gaben der nämlichen Auffassung Ausdruck, daß die Parole nicht lauten dürfe: Alles oder Nichts! sondern daß man in realpolitischer Würdigung der gegebenen Verhältnisse das Bestreben auf das zunächst Erreichbare richten müsse. Es handelt sich bei dieser Stellungnahme weniger um eine Prinzipienfrage, als um eine Frage der Taktik. Grundsätzlich halten beide Redner an dem Befähigungsnachweis wie der obligatorischen Innung fest. Der Centrumsabgeordnete Hitze, wie der Konservative Jacobskötter bedauerten lebhaft, daß der Befähigungsnachweis in der Vorlage nicht enthalten sei, obwohl sich der Reichstag schon im Jahre 1887 für seine Einführung ausgesprochen hatte. Bei der ablehnenden Haltung des Bundesraths würde es das Scheitern der ganzen Vorlage bedeuten, wenn man den Befähigungsnachweis in den vorliegenden Entwurf hineinbringen wollte. In der praktischen Politik, die in der Regel der Kompromisse und der wechselseitigen Zugeständnisse der maßgebenden Faktoren nicht entbehren kann, darf das Bessere nicht der Feind des Guten sein; auch in dem vorliegenden Falle nicht, da die Ueberzeugung vorherrscht, daß die Vorlage trotz ihrer sehr erheblichen Mängel und Lücken gegenüber dem jetzt geltenden Gesetz einen Fortschritt bedeutet und einen lebensfähigen Keim darstellt, der die Grundlage bildet, auf der die Reform der Handwerkergesetzgebung weiter gefördert werden kann. Die Konservativen und das Centrum werden daher bestrebt sein, den Entwurf so weit wie möglich zu verbessern und die bedenklichen Stellen, die er enthält, auszumerzen. Diese wohlwollende Haltung erscheint um so mehr geboten, als dem Manchesterthum und der Umsturzpartei keine größere Genugthuung bereitet werden könnte, als wenn die Handwerksorganisation abermals verschleppt und die lange Reihe der Enttäuschungen, die die interessirten Kreise bereits durchgemacht haben, noch weiter vermehrt würde. Nach sozialdemokratischer Ansicht ist das Handwerk überhaupt nicht mehr zu retten und diese Ansicht würde eine gewisse Bestätigung zu finden glauben, wenn die jahrelangen Handwerker-Enqueten und -Konferenzen zu keinem positiven Ergebniß führen und die gesetzgebenden Körperschaften nicht im Stande sein würden, ihre Versprechungen auf diesem Gebiete einzulösen. Insbesondere sollten die verbündeten Regierungen nach Kräften dafür Sorge tragen, für das Zustandekommen einer Handwerksorganisation eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen. Da ihr Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist, so werden sie gut thun, sich von vornherein einer Verständigung geneigt zu zeigen und die Hand zu weiterem Entgegenkommen zu bieten. Wenn die Reichsregierung es über sich gewinnt, sich in der Marinefrage dem Willen der Parlamentsmajorität zu fügen, so hat sie doch wahrlich keinen Grund, in der Handwerkerfrage der Reichstagsmehrheit einen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen, der hier um so weniger angebracht wäre, als eine Schädigung der staatlichen Interessen sicherlich nicht zu gewärtigen ist, wenn endlich den Forderungen der Handwerker in bescheidener Weise Rechnung getragen wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. April.

Berlin. Reichstag. Die Berathung der Gewerbenovelle, Organisation des Handwerks, wird bei schwacher Besetzung des Hauses fortgesetzt. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.): Die Schwenkung der Konservativen gegenüber der Vorlage sei um so auffälliger, als noch vor ein paar Wochen auf der Versammlung bei Buggenhagen Herr v. Bötticher nach Kamerun verwünscht worden sei; jetzt aber hätscheln die Herren den Sperling in der Hand und verzichten auf die Taube auf dem Dache. (Heiterkeit.) Enthielte der vorliegende Entwurf nur die Handwerkerkammern, so wären wir ganz damit einverstanden, vorausgesetzt, daß die Stimmung des Handwerks in diesen Kammern auch wirklich zum Ausdruck kommt. Das Wahlrecht müßte deshalb ein allgemeines sein und dürfte nicht die 1½ Millionen kleinen Handwerker ausschließen, die nicht in Innungen organisirt sind. Zwangsinnungen sind uns in jeder Form unannehmbar. Wollten Sie im preußischen Staate ein paar Millionen mehr aufwenden für das gewerbliche Unterrichtswesen, so würden Sie dem Handwerk mehr nützen als mit all' Ihren Innungen. Wollen die Herren Großgrundbesitzer auf der Rechten dem Handwerk helfen, so kaufen Sie ihm nur recht viel ab und bezahlen Sie pünktlich. — Preußischer Handelsminister Brefeld dankt zunächst für das Wohlwollen, das die Vorlage im Allgemeinen gefunden habe, sie sei ein Compromiß und er hoffe auch hier auf Verständigung, damit dem verkümmerten Handwerk geholfen werde. Die Grundlage sei in diesem Entwurf dieselbe wie in dem preußischen: Zwangsinnungen, nur sollten jetzt die letzteren blos dort eingeführt werden, wo die Mehrheit der Handwerker es wünsche, das sei gewiß eine Verbesserung. Um die Mehrheit zu ermitteln, würden Bekanntmachungen erlassen werden und Abstimmungen erfolgen auf Grund einer Liste, die über alle Betheiligten würde geführt werden. Was die Gewerbevereine anlange, so hätten sich dieselben in Süddeutschland als nützlich erwiesen, er wünschte, es wäre davon auch in Preußen mehr zu sehen, er würde das jederzeit unterstützen. (Beifall.) Wolle man nun etwa diese süddeutschen Gewerbevereine zerstören im Interesse von Zwangsinnungen? Das gehe doch nicht an. Da jetzt in Norddeutschland nicht weniger als 65 Prozent der Handwerker außerhalb der Innungen ständen, sei es richtiger, die freien Innungen fortbestehen zu lassen und allmählich vorzugehen, solange, bis daß sich die Ueberzeugung Eingang verschafft habe, daß die Zwangsinnung der Abschluß der Gesammtorganisation sein müßte. Der Oberbau der Handwerkerkammern hat erfreulicher Weise überall Wohlwollen gefunden. Verständigen Wünschen würde die Regierung gern Rechnung zu tragen bereit sein. Zu hüten habe man sich sowohl vor Zwerginnungen wie auch vor Scheininnungen, die zu geringwerthig seien, um eine wirkliche Theilnahme der dazu Gehörigen an dem Innungswesen zu erzielen. Zum Gegensatz zu einem gestrigen Redner sei er überzeugt, daß das Handwerk nicht unrettbar verloren sei, es werde weiter bestehen als Stütze von Thron und Staat, und als Hort deutscher Zucht und Treue. — Abg. Euler (Centr.) tritt für die Zwangsinnungen ein; nur diese seien im Stande, alle für die Ausbildung der Handwerker nothwendige Einrichtungen vollkommen durchzuführen. Der Fortbildungsunterricht müsse obligatorisch auf die Nachmittage von Wochentagen verlegt werden. Die Korporation des Handwerks, wie er sie wünsche, sei eine große politische Macht. Der Handwerker sei in seiner Masse christlich und patriotisch. Nur mit dem Handwerk sei es auch entschieden gelungen, die liberale Judenwirthschaft hinauszuwerfen. Weiter plaidirt Redner für den Befähigungsnachweis. Er sei aber in einer Zwangslage. So sehr er auch Befähigungsnachweis und organisatorischen Innungszwang wünsche, so könne er doch wegen dessen, was die Vorlage biete: Handwerkerkammern und Sorge für bessere Lehrlingsausbildung, die Vorlage nicht ablehnen. — Abg. Vielhaben (Ref.): Der Genossenschaftszusammenschluß allein rette die Handwerker nicht, denn wenn man auch das Kapital auf diese Weise zusammenbringen könne, um mit dem Großbetrieb zu konkurriren, so stehe doch einem einzelnen Großunternehmer in der Regel das höhere geistige Kapital zur Seite. — Abg. Boenen (freis. Ver.) bekämpft hauptsächlich das Prinzip der Zwangsinnungen und ermahnt die konservativen Gönner des Handwerks, sich mit ihren Bestellungen nicht an den Großbetrieb, sondern an die eigentlichen Handwerker zu wenden. Von einer Provinzialsynode sei ihm bekannt, daß dieselbe ihre Buchbinderarbeiten nicht an die Buchbinder in ihrem Orte vergeben habe. — Abg. Beckh (freis. Volksp.) billigt die Handwerkerkammern im Wesentlichen, auch die Bestimmungen über die Lehrlingsausbildung, verwirft aber durchaus die Zwangsinnungen in der vorgeschlagenen fakultativen Form. — Abg. Reißhaus (Soz.) ist gegen die Vorlage, hält den Innungen vor, es mit der Ausbildung des Nachwuchses überhaupt nicht ernst zu meinen, weil sie die Konkurrenz fürchteten. — Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Hilpert, v. Liebermann, Jakobskötter und Reißhaus geht die Vorlage an eine Kommission. Eingegangen sind zwei Anträge des Grafen Limburg, betr. Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. — Morgen: Antrag v. Liebermann, betr. konfessionelle Eidesform, dann Anträge betr. Jesuitengesetz.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute den Etat der Centralgenossenschaftskasse. Finanzminister Dr. v. Miquel bestätigte, daß eine Erhöhung des Grundkapitals bei der überraschend guten Entwickelung der Kassenthätigkeit nothwendig werden würde und daß für das nächste Jahr darauf wohl Bedacht zu nehmen sei, da viel sein müsse: in jeder Gemeinde eine Darlehenskasse, an die sich dann die Genossenschaften für gemeinsamen Ein- und Verkauf u. s. w. organisch anzugliedern hätten. Dann wurde die Städte- und Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau berathen. Nationalliberale und Centrumsredner sprachen sich gegen die Vorlage aus, namentlich wegen der darin vorgesehenen Einführung des Dreiklassenwahlsystems. Abg. v. Pappenheim (kons.) trat für die Vorlage ein, obwohl er sich damit in Widerspruch mit einem großen Theile seiner Wähler setzte. Man dürfe sich nicht auf einen kleinlichen lokalen oder provinziellen Standpunkt stellen, sondern müsse im Geiste Bismarck's, der heute sein 82. Lebensjahr vollende, nur auf das Wohl des ganzen Vaterlandes sehen. (Beifall rechts.) Die ersten 14 Paragraphen der Vorlage wurden unverändert genehmigt. Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Bundesrath überwies heute den Beschluß des Reichstags zu dem Antrag des Grafen Schwerin wegen Beschränkung des Zollkredits bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten den zuständigen Ausschüssen und stimmte dem Gesetzentwurf wegen anderweiter Bemessung des Wittwen- und Waisengelds für die Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsdienstes zu, ebenso dem Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat. — Unter den bei dem früheren Kultusminister Falk eingelaufenen Glückwunschschreiben befindet sich auch ein solches des Fürsten Bismarck. Fürst Hohenlohe sandte Falk in seinem und des Staatsministeriums Namen aufrichtige Glückwünsche. Bei der Jubiläumsfeier trank Oberpräsident Studt auf das gute Verhältniß zwischen richterlichen und Verwaltungsbeamten in der Provinz Westfalen, wofür Allen der Jubilar den rechten Weg zeige, der stets als richtiger Diener des Staates zugleich das Beste des Vaterlands im Auge gehabt habe. Dr. Falk erwiederte, daß das unübertroffene Muster in dieser Hinsicht Fürst Bismarck sei, und man werde es begreifen, wenn es ihn dränge, ein Hoch auf diesen Mann auszubringen. Unter brausendem Jubel ließ darauf die Festversammlung den Fürsten Bismarck leben.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Gesetz betr. das Auswanderungswesen beendete heute die erste Lesung der Vorlage. Die zweite Lesung soll am Sonnabend stattfinden. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ist der 1. April n. J. bestimmt. — Zu dem Protokoll, betr. den Sulu-Archipel ist von den deutschen und von den englischen Botschaftern in Madrid eine Deklaration unterzeichnet worden, wonach die Einfuhr aller Gattungen Waaren nach dem Archipel gänzlich frei sein soll, mit Ausnahme von Waffen, Munition und Alkohol.

Berlin. Die „Danziger Ztg." theilt mit, daß alle militärischen Strafen unter sechs Wochen von dem Kaiser erlassen und die davon betroffenen Strafgefangenen sofort auf freien Fuß gesetzt worden seien. In hiesigen militärischen Kreisen ist von einem solchen Gnadenerlaß nichts bekannt. — In der Blad'schen Testamentsangelegenheit haben die übergangenen Erben des Rentiers Simon Blad, der sein über 1¼ Mill. Mk. betragendes Vermögen den Städten Berlin, Mainz und Bingen vermacht hat, in einem Immediatgesuch sich an den Kaiser gewandt, der Zustellung die landesherrliche Genehmigung zu versagen. Dem Gesuch sind zahlreiche eidesstattliche Aussagen beigefügt, welche es anscheinend außer Zweifel lassen, daß der verstorbene Millionär in den letzten sechs Jahren seines Lebens an hochgradigem Verfolgungswahnsinn gelitten hat.

Heidelberg. Heute fand hier die feierliche Enthüllung des Bismarck-Denkmals unter großer Betheiligung der Bürgerschaft statt.

Wien. Johannes Brahms liegt im Sterben, er kann Besuche seiner Freunde nicht mehr empfangen.

Wien. Die „Polit. Korresp." meldet aus Petersburg als definitiv feststehend: Kaiser Franz Josef wird am 25. April von Wien abreisen und am 27. zum Besuch bei den russischen Majestäten in Petersburg eintreffen.

Paris. Der Senat ertheilte mit ziemlich großer Stimmenmehrheit, dem Antrag der Kommission gemäß, die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Senators Levrey.

Paris. Der Ministerrath ermächtigte den Marineminister heute, in der Kammer einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Regierung die Genehmigung zum Bau neuer Schiffe im Gesammtwerth von 80 Mill. Frcs. ertheilt wird. Diese Summe soll auf mehrere Jahre vertheilt werden, für das Jahr 1897 soll der Kredit 8½ Mill. Frcs. betragen. — Der Minister des Auswärtigen Hanotaux und der Abgeordnete Graf de Mun sind zu Mitgliedern der französischen Akademie gewählt worden an Stelle der verstorbenen Mitglieder Challemel Lacour und Jules Simon.

Die heutige **Berliner Börse** war nach wie vor still und lustlos, auch die vorübergehenden Erholungen vermochten den Eindruck nicht zu verwischen, daß die Stimmung doch im Ganzen ziemlich matt ist. Der scharfe Rückgang der schweizerischen Bahnwerthe, sowie die andauernde Unsicherheit über die politische Lage im Orient, lassen jedes größere Geschäft zurückhalten. Am Markt für schweizerische Bahnen scheint der starke Kursfall während der letzten Tage nicht ohne Nachwirkungen zu bleiben; lediglich wurde heute für eine hiesige Spekulationsfirma mit Exekutionsverkäufen vorgegangen, die etwaigen Schwierigkeiten sollen wohl beglichen sein, doch fürchtet man weitere Schwierigkeiten. Von Wien wurde matte Tendenz gemeldet. Im weiteren Verlaufe trat auf Meldungen über eine neue russische Eisenbahnobligation, sowie auf Deckungen eine Erholung der Tendenz ein, doch blieben die Kurse meist noch niedriger. Am Bankaktienmarkt waren heute Kommanditantheile, bei denen ein Couponsabschlag von 6 Prozent in Rechnung zu ziehen ist, auf die Nachricht, daß die Couponszahlung der Wiener Bahn sichergestellt sei, fest, die übrigen Werthe waren behauptet. Von Eisenbahnaktien waren schweizerische Bahnen wieder stark gedrückt, die Kurse gingen 3 bis 6 Prozent zurück. Montanwerthe still, die Tendenz für Kohlen- wie für Hüttenwerthe war matt. Fremde Renten nachgebend, namentlich Türkenloose gedrückt. Heimische Werthe behauptet. Privatdiskont 3 Prozent. — Ein offizieller Verkehr in Getreide und Mühlenfabrikaten fand nicht statt. Die heutige Bestandaufnahme konstatirt eine Zunahme der sichtbaren Vorräthe am hiesigen Platze, was nach den starken Zufuhren der letzten Zeit nicht zu verwundern ist. Am Locomarkt für Spiritus war die Haltung schwach, 70er 38,6 Mk. Am

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt